

## „Europa ohne Ende?“

BürgerInnenforum zur Zukunft der EU-Erweiterung  
Köln, 18. Dezember 2006

„Europa ohne Ende?“ – Diese Fragestellung durchzog eine ganztägige Veranstaltung, zu der die Heinrich-Böll-Stiftung NRW in Kooperation mit der Grünen-Fraktion im Landschaftsverband Rheinland eingeladen hatte. Das „BürgerInnenforum zur Zukunft der EU-Erweiterung“ griff ein aktuell heiß diskutiertes Thema auf: Ist die EU noch erweiterungsfähig? Wenn nein, wo liegen Europas Grenzen? Wenn ja, wie kann die EU transparente Kriterien für neue Beitrittsrunden entwickeln und gleichzeitig die Akzeptanz innerhalb der jetzigen EU-Bevölkerung stärken?

„Die Europäische Integration darf nicht länger nur Sache der Staats- und Regierungschefs sein, Europa muss aktiv durch die Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden“, erläuterte **Sven Lehmann**, Mitglied im Landesvorstand der Grünen in NRW, die Intention des BürgerInnenforums, an dem rund 70 Interessierte teilnahmen.

Zu Beginn gab **Willem Noë**, Referent bei der Vertretung der EU-Kommission in Berlin, eine Einführung in die aktuelle Lage: „Kandidaten, Kriterien, Konflikte – Wo stehen wir eigentlich?“. Aus Sicht der EU-Kommission war die letzte Erweiterungsrunde des Jahres 2004 ein historischer Meilenstein, da sie die Teilung des Kontinentes in Ost und West endgültig überwunden habe. Die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung sowohl der neuen Mitgliedstaaten als auch der EU insgesamt seien durchweg positiv. Noë betonte vor allem die wirtschaftliche Integration als Hauptziel der EU-Erweiterung, jeder kommende Beitritt müsse sich daran messen. Hinzu käme der hohe politische Symbolwert einer Mitgliedschaft in der EU („Elefanten-Argument“). Ob die aktuell gültigen „Kopenhagener Kriterien“ als Grundlage für künftige Erweiterungsrunden ausreichten, wurde bereits zu Beginn kontrovers diskutiert: Einige Meldungen aus dem Plenum verwiesen auf die EU als politische Wertegemeinschaft, deren Charakter als Union stärker zur Geltung kommen müsse. Noë erwiderte, dass die Auflagen für einen Beitritt so hoch seien wie nie zuvor, so dass die EU in diesem Punkt ihre politische Glaubwürdigkeit stärke. Die aktuellen Beitrittskandidaten (Kroatien, Mazedonien, Türkei) und potenziellen Kandidatenländer (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien, Kosovo) hätten durch die Aussicht auf einen Beitritt beachtliche Reformen vorgebracht, jedoch befänden sich diese noch in einem Anfangsstadium.

„Die weit reichende Integration im europäischen Raum hat sich bislang als außerordentlich erfolgreich und attraktiv erwiesen, sie gewährleistet Stabilität, Wohlstand und Frieden“, schlussfolgerte Willem Noë.



Bildunterschrift: **Wo stehen wir eigentlich?** Willem Noë, Vertreter der EU-Kommission (li.), und Sven Lehmann, Mitglied im Landesvorstand der NRW-Grünen

Im Anschluss an diesen einführenden sachlichen Teil folgte eine Polemik von **Diana Siebert**, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Europa-Frieden-Außenpolitik der NRW-Grünen, die „Legenden und Wahrheiten über die EU-Erweiterung“ vortrug.

Link:

--

In zwei anschließenden Foren diskutierten die TeilnehmerInnen vertieft zu ausgewählten Themen.

Das erste Forum stellte die Frage: „**EU-Erweiterung – Was habe ich davon?**“, erster Antwortgeber war **Richard Wagner**, rumäniendeutscher Schriftsteller und Publizist.

Die meisten Mitdiskutierenden stellten an der EU und damit auch ihrer Erweiterung die Freizügigkeit mit Minderheitenschutz, den kulturellen Austausch, auch die Niederlassungsfreiheit und sogar die Möglichkeit Jobs in Polen zu finden als für sich selbst positiv heraus. Ob es einerseits einen Rückfall in nationale Egoismen oder andererseits eine kulturelle

europaweite Gleichmacherei geben wird – das wird in den Metropolen der EU entschieden werden. Hierzu zählte Wagner auch Budapest und Prag, nicht jedoch Warschau und Bukarest. Die etwas undurchsichtige EU, eine Frustabladestelle ersten Ranges, solle sich aber vor Überheblichkeit und Größenwahn hüten und sich nicht immer an den USA, an Russland oder dem Nahen Osten abarbeiten. „Weg vom Hochstaplerdiskurs, hin zur klugen Verwaltung“, fasste Wagner zusammen.

Das zweite Forum nahm einen anderen Blickwinkel ein: „**EU-Erweiterung – Was hat Europa davon?**“. Die Auswirkungen der Erweiterung auf die EU als Institution standen im Mittelpunkt dieses Forums.

In einem kurzen Impulsreferat erläuterte **Daniel Schily**, Geschäftsführer von „Mehr Demokratie NRW e.V.“, dass zwei Dinge grundlegend seien: zum einen, wie wir die Erweiterung gestalteten, zum anderen, dass die Erweiterung auf gesicherten Grundlagen stattfinde, die in einem kurzen Grundsatzdokument festgeschrieben und durch ein europaweites Referendum verabschiedet werden sollten. Wie die Erweiterung so gestaltet werden könnte, dass die Chancen die Risiken überwögen, stand im Mittelpunkt der anschließenden, engagierten Diskussion. Die ForumsteilnehmerInnen waren sich einig, dass die Europäische Verfassung einen ersten Schritt zur Reduzierung gewisser Risiken wie Demokratiedefizit, mangelnde Transparenz oder erschwerte Konsensbildung darstelle. Allerdings sei der Verfassungsvertrag in seiner derzeitigen Form nicht ausreichend, um alle Risiken vollständig auszuräumen. Auch ohne Verabschiedung müsse die EU jedoch nach Meinung der überwiegenden Mehrheit der Diskutierenden für weitere Erweiterungen grundsätzlich offen bleiben.



Bildunterschrift: **Daniel Schily**

--

In der abschließenden Diskussionsrunde trafen VertreterInnen von Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften und Botschaften unter dem Motto „**Die EU-Erweiterung im Kreuzfeuer**“ aufeinander. Unter der fachlichen Moderation von Arnd Henze (WDR) diskutierten die TeilnehmerInnen gemeinsam mit dem Plenum kontrovers die Fragestellungen des Tages.

**Professor Wolfgang Wessels**, Europaexperte und Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Politische Wissenschaften und Europäische Fragen an der Uni Köln, wandte sich gegen das Bild einer statischen EU: „Europa muss immer wieder neu gedacht und konzipiert werden. Oder wer hätte noch vor fünfzehn Jahren gedacht, dass wir heute über eine Verfassung diskutieren und gerade die größte Erweiterungsrunde in der Geschichte erfolgreich bewältigt haben?“ Wessels wandte sich daher auch gegen die Festlegung von starren EU-Außengrenzen und verwies explizit auf das Kriterium, dass potenzielle neue Beitrittskandidaten „europäische Staaten“ sein müssen: Israel gehöre demnach ebenso wenig dazu, wie z.B. Ägypten und die Staaten des Maghreb.

„Es muss vor allem zu einer Akzeptanz weiterer Erweiterungsrunden in der jetzigen EU-Bevölkerung kommen“, mahnte hingegen **Jutta Reiter**, Referentin für grenzüberschreitende Aktivitäten des DGB in NRW, an. Dies sei aber vor allem eine Aufgabe der Mitgliedstaaten: „Wenn die EU für die Freizügigkeit von ArbeitnehmerInnen sorgt, ist dies zunächst gut. Wenn die Mitgliedstaaten dann aber aus vermeintlichem Wettbewerbsdruck soziale Standards absenken, wird die entstehende soziale Unsicherheit zu Unrecht auf die EU projiziert“, so Reiter. Sie schlussfolgerte, dass es die Aufgabe der Mitgliedstaaten sei, soziale Errungenschaften wie Kündigungsschutz, Mitsprache von ArbeitnehmerInnen und Arbeitszeiten zu erhalten und z.B. auf europaweite Mindestlöhne auszuweiten. Damit würde auch das belastete Bild des „osteuropäischen Billigarbeiters“ zu Recht gerückt.

Die Perspektive eines aktuellen Beitrittskandidaten nahm **Daniel Glunčić**, Botschaftssekretär der Republik Kroatien, ein: „Die Perspektive EU ist eine enorme Herausforderung und Ansporn für Kroatien“, unterstrich er die Bedeutung einer Beitrittsperspektive. Im jüngsten Fortschrittsbericht der EU-Kommission werde Kroatien attestiert, alle nötigen politischen Kriterien für einen Beitritt zu erfüllen. Es gebe allerdings in der Tat noch weiteren Reformbedarf, daher müsse am Ziel „Beitritt“ festgehalten werden.

Diese Sicht unterstütze auch **Burak Copur**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Politik-Lehrstuhl der Uni Duisburg-Essen und Vorsitzender des Integrationsausschusses im Rat der Stadt Essen, in Bezug auf die Türkei: „Die Reformen in der Türkei der letzten Jahre können sich sehen lassen!“ Copur warnte davor, dass die EU-Gegner in der Türkei und die Türkei-Gegner in EU sich wegen der jüngsten Irritationen um die Zukunft der

Beitrittsperspektive zusammenfassen, um den Beitrittsprozess zu stoppen. Dies würde die Stimmung der Bevölkerungsmehrheit in der Türkei verzerren, die eine Annäherung an Europa und eine faire Chance auf einen Beitritt wünsche.



Bildunterschrift: Die Erweiterung der EU im Kreuzfeuer (v.l.n.r): Prof. Wolfgang Wessels, Jutta Reiter, Arnd Henze, Daniel Glunčić, Burak Copur

Europa – noch längst nicht am Ende! Die über siebenstündige Diskussion zeigte, wie groß der Bedarf an bürgerInnennaher europapolitischer Diskussion ist. Daher wird die Reihe grüner und grün-naher BürgerInnenforen zur Zukunft der EU fortgesetzt.

Das nächste Forum findet am **Samstag, 17. Februar 2007** auf Einladung des Europaabgeordneten Frithjof Schmidt MdEP in Münster statt. Das Thema dort wird sein: „**Europäische Einheit ohne soziale Sicherheit?**“ Infos dazu gibt es unter: [www.gruene-nrw.de](http://www.gruene-nrw.de)